Reinold E. Thiel (Hg.): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie. Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE). Informationszentrum Entwicklungspolitik (IZEP). Bonn: DSE/IZEP 2. Aufl. 2001. S. 135-146.

Entwicklung ist machbar

Die Schaffung von Arbeitsplätzen durch zeitweilige Subventionierung

Hartmut Elsenhans

Voraussetzung für Entwicklung ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Diese werden durch Investitionen geschaffen, für diese wiederum ist Nachfrage nach den produzierten Gütern die Bedingung. In Entwicklungsländern gibt es viele unbeschäftigte (marginale) Arbeitskräfte und einen großen potentiellen Güterbedarf, aber nur geringe kaufkräftige Nachfrage, weil es an Einkommen fehlt. Deshalb müssen alle auf Beschäftigung zielenden Maßnahmen ein Element der Subvention enthalten. Das kann durch zeitweilige "Ausbeutung" der landwirtschaftlichen Familienproduktion geschehen, aber auch durch den Mitteltransfer der Entwicklungshilfe. Deshalb ist diese auch weiterhin unverzichtbar.

Die Probleme der Unterentwicklung sind nicht unbeherrschbar, die Lösungen nicht unbezahlbar. Die Wahrung des Wohlstands im Westen hängt von der Durchführung realisierbarer Strategien ab.

Zur Diagnose von Unterentwicklung

Warum kommt in der unterentwickelten Welt die Akkumulation von Kapital nicht in ausreichendem Maße in Gang? Die Modernisierungstheorie glaubte, es fehle an Kapital. Die Dependenciatheorie führte dies auf die Ausbeutung der unterentwickelten Welt durch die Industrieländer zurück. Es fehlt aber selten an Kapital, sondern an rentablen Investitionsmöglichkeiten, d. h. letztlich an Kaufkraft. Wenn es rentable Investitionschancen gibt, wird sich immer ein Unternehmen finden, das Investitionen tätigt. Rentabel

ist eine Investition, wenn sie zur Produktion von Gütern führt, die zu Preisen verkauft werden können, die höher liegen als ihre Kosten. Der Prozeß der Kapitalakkumulation hängt also von einer ausreichenden Nachfrage nach Konsumgütern ab.

Die Nachfrage speist sich zu wesentlichen Teilen aus Einkommen aus bezahlter Arbeit. Diese Nachfrage ist aber nicht automatisch so hoch, daß Vollbeschäftigung entsteht. Die Lehrbuchökonomie glaubt, daß Unternehmen solange Arbeit nachfragen, bis ihr Erlös aus zusätzlicher Produktion nicht mehr höher ist als die Kosten zusätzlicher Arbeitskräfte (Grenzprodukt). Damit aber kapitalistische Unternehmen um Arbeit mit dem Angebot höherer Löhne konkurrieren, muß erst Vollbeschäftigung erreicht werden. Ähnlich geht die Marxsche Theorie der Ausbeutung davon aus, daß jede gesunde Arbeitskraft mehr produziert, als sie für sich und den Lebensunterhalt ihrer Familie (im folgenden: Reproduktionskosten) benötigt. In beiden Theorieansätzen werden bei ausreichend niedrigen Preisen von Arbeit die Arbeitsmärkte geräumt, weil annahmegemäß das Grenzprodukt von Arbeit über den Reproduktionskosten liegt.

Diese Annahme gilt nicht für unterentwickelte Wirtschaften: Sie haben als strukturbestimmendes Charakteristikum *Marginalität*, d. h. Arbeitskräfteüberschuß selbst bei niedrigsten Löhnen, weil das zusätzliche Produktionsergebnis des letzten zusätzlich eingesetzten Arbeiters (das Grenzprodukt) in der Landwirtschaft unter den Reproduktionskosten liegt[1)]. Da gute Böden nicht beliebig vermehrbar sind, steigt mit wachsender landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit zwar die Produktion, aber langsamer als der zusätzliche Konsum der zusätzlich in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte. Das Grenzprodukt ist zwar weiterhin positiv, fällt aber ab einem bestimmten Niveau unter den Betrag, den ein zusätzlicher Arbeiter als Reproduktionskosten benötigt. Das bedeutet: Unterhalb dieses Niveaus können verfügbare Arbeitskräfte nicht beschäftigt werden. Es gibt ein Maximum landwirtschaftlicher Beschäftigung, bei dem ein Überschuß der Landwirtschaft erzielt wird (wegen der übrigen produktiveren Arbeiter), und daneben gibt es marginale Arbeiter, also einen Überschuß an Arbeitskräften, die mehr zusätzlich verbrauchen als sie zusätzlich produzieren.

Ein Bevölkerungswachstum, das zu Marginalität führt, hat vielfältige Gründe. Den Grundbesitzern nützt Marginalität, weil dadurch auch produktiv beschäftigte Arbeitskräfte diszipliniert wer-

den können. Die Armen wollen durch viele Kinder die Zahl ihrer Lose auf dem Arbeitsmarkt vergrößern. Da jedoch jede beschäftigte Arbeitskraft wenigstens die Reproduktionskosten verdienen muß, kann ein einzelner Arbeiter sich nur durch Leistungen über seine produktive Arbeit hinaus attraktiv machen. Weil Arbeitskräfteüberschuß herrscht, streben die Armen klientelistische Bindungen an einen Patron an, den zu "verehren" sie versprechen. Dies kommt den Grundbesitzern entgegen, weil für sie in ihrem politischen Kampf um ihren Anteil am Überschuß die Stützung durch Klienten hilfreich ist.

Die typische politische Konstellation in unterentwickelten Wirtschaften, nämlich Dominanz der Politik bei der Verteilung von Ressourcen und klientelistisch abhängige apathische "Massen", hat ihre Ursache in der als *Marginalitätsfalle* zu bezeichnenden gleichzeitigen Existenz marginaler Arbeitskräfte und eines Überschusses in der Landwirtschaft.

Die Resistenz der Marginalitätsfalle

Aus der geschilderten Gleichzeitigkeit von Überschuß an Arbeitskräften und Überschuß an finanziellen Mitteln ergeben sich wichtige Konsequenzen: Der Überschuß an Arbeitskräften verhindert, daß die Nachfrage durch steigende Masseneinkommen wächst. Das Interesse des Unternehmers an Neuinvestitionen bleibt deshalb gering. Der Überschuß an finanziellen Mitteln ist aber vorhanden. Um seine Verteilung wird mit politischen Mitteln gekämpft. Er wird als Rente angeeignet. Was ist Rente?

Kapitalistischer Profit ist so definiert, daß er durch Reinvestition von Gewinn für immer neu zu erwerbende Wettbewerbsfähigkeit verteidigt werden muß und zu technischem Fortschritt führt. Renten sind so definiert, daß sie durch Monopole entstehen. Sie bleiben auch dann erhalten, wenn keine die Wettbewerbsfähigkeit steigernden Investitionen getätigt werden.

Die Höhe des insgesamt als Profit verteilbaren Überschusses hängt von den Ausgaben für Investitionen ab. Unter den üblichen vereinfachenden Annahmen (Arbeiter sparen nicht, Unternehmer konsumieren nicht) können die Unternehmen der Konsumgüterbranche ihre Produkte mit Gewinn nur verkaufen, wenn es zusätzlich zu den Löhnen, die sie selbst bezahlt haben, eine Nachfrage gibt, die von Unternehmen der Investitionsgüterbranche dadurch geschaffen wird, daß auch sie Arbeitskräfte beschäfti-

gen, die ihre Einkommen jedoch für Konsumgüter ausgeben. Je höher die lokale Investitionsgüterproduktion, desto höher also die Nachfrage für Konsumgüter.

Warum werden nun die als Renten verfügbaren finanziellen Ressourcen (der Grundbesitzer) nicht so investiert, daß zusätzliche Kaufkraft für Konsumgüter entsteht? Hier ist die Nachfrage für das je einzelne Produkt (nämlich für Luxusgüter) eng, so daß die Produktionskosten gegenüber den fortgeschritteneren Industrieländern sehr hoch wären. Daher erscheint es attraktiver, diese Luxusgüter zu importieren und zur Bezahlung der Importe die Überschüsse der Landwirtschaft zu exportieren. Bisher in der Produktion *traditioneller* Luxusgüter eingesetzte Arbeitskräfte werden "freigesetzt".

Weil also der Investitionsbedarf für den lokalen Luxuskonsum gering ist, werden entstehende Kapitalbesitzer nicht zu Unternehmern, sondern kaufen sich mit ihrem Geld statt dessen in die herrschende (nichtunternehmerische) Klasse ein. Sie erwerben Land oder politische Macht (Ämter).

Falls aber vermehrt lokal hergestellte Maschinen für die Produktion gewöhnlicher Konsumgüter eingesetzt werden sollen, muß es eine Nachfrage für solche Güter geben. Jedoch sind, zumindest bei noch geringer technischer Kompetenz, die mit lokal produzierten Maschinen herstellbaren Produkte von nur geringer Qualität, werden daher eher von Armen gekauft werden. Außerdem wird der Einsatz von Maschinen nur bei Herstellung standardisierter Produkte in relativ großen Serien rentabel. Die Nachfrage der Armen nach modernen Produkten ist homogener als eine diversifizierte Nachfrage gleichen Umfangs von seiten reicherer Haushalte.

Die Marginalitätsfalle schließt also steigende Beschäftigung durch Investitionen oder wachsende Masseneinkommen aus. Die damit beschriebene Blockade läßt sich nicht durch technischen Fortschritt schlechthin auflösen. Nur bestimmte Formen technischen Fortschritts, die gesellschaftliche Auswirkungen haben, können dazu beitragen[2)]. Wenn die Produktivität in der Luxusgüterproduktion steigt, stellt eine gleiche Zahl von Arbeitskräften bessere oder mehr Luxusgüter her. Wenn die Produktivität bei der Herstellung gewerblicher Massenkonsumgüter steigt, sinken deren Preise, so daß bei stagnierenden Löhnen die Kosten der in der Landwirtschaft Tätigen sinken.

Die Marginalitätsschwelle steigt maximal auf das Niveau, bei dem ein zusätzlich landwirtschaftlich Erwerbstätiger soviel zusätzlich an Nahrungsmitteln produziert, wie er für sich und seine Familie benötigt. Wenn die Produktivität der in der Landwirtschaft schon produktiv Erwerbstätigen steigt, nimmt der Überschuß in der Landwirtschaft zu. Die Grundbesitzereinkommen steigen, nicht aber die Masseneinkommen, so daß primär der Luxuskonsum steigt.

Nur technischer Fortschritt, der das Grenzprodukt von Arbeit in der Landwirtschaft anhebt, führt automatisch über den Markt zu nachhaltiger Beschäftigungssteigerung und erlaubt die lokale Produktion zunächst weniger anspruchsvoller Technologien. Die Dynamik des informellen Sektors in landwirtschaftlich erfolgreicheren Ländern bestätigt diesen Zusammenhang[3)].

Sowohl von der Seite der Investitionen als auch von der Seite der Nachfrage ist also die Beseitigung der Folgen von Marginalität (entweder durch Überwindung von Marginalität selbst oder durch Stützung marginaler Arbeitskräfte und damit letztlich durch Schaffung von Einkommensansprüchen der Marginalen unabhängig von der Höhe ihres Grenzprodukts) die Voraussetzung für "Entwicklung", nämlich für die Schaffung von Arbeitsplätzen, Konsumgüternachfrage und Investitionsmöglichkeiten.

Entwicklungspolitik als Instrument zur Überwindung von Marginalität

Entwicklungspolitische Maßnahmen zielen letztlich auf die Beseitigung von Marginalität durch Beschäftigung. Da marginale Arbeit zunächst nur ein Grenzprodukt unter den Reproduktionskosten erbringt, müssen alle direkt oder indirekt auf Beschäftigung zielenden Maßnahmen ein Element der Subvention enthalten.

Das Grundmodell der Subvention marginaler Arbeit als Voraussetzung für den Übergang zu selbsttragendem kapitalistischem Wachstum läßt sich an der in der Entwicklungpolitik häufig geforderten Agrarreform[4)], aber auch an den englischen Armengesetzen des 16. bis 19. Jahrhunderts[5)] aufzeigen und liegt selbst der von Weltbank und Weltwährungsfonds geforderten exportorientierten Industrialisierung zugrunde[6)].

Bei den englischen Armengesetzen zahlten die Gemeinden marginalen Arbeitskräften einen Beitrag zum Lebensunterhalt, damit Unternehmer diese zu einem Lohn beschäftigen konnten,

der allein den Armen zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts nicht ausgereicht hätte. Tatsächlich bezahlten aber die "Reichen", also auch kapitalistische Unternehmer, die gesamten Kosten dieser Arbeitskräfte, nämlich den Rest über Steuern an die Gemeinden.

Bei einer ertragsunabhängigen Steuer, z. B. einer Landsteuer, nimmt durch die Besteuerung der für die Grundbesitzer verfügbare Überschuß ab, nicht aber das Grenzprodukt zusätzlicher Arbeiter; denn wenn die Steuer ertragsunabhängig ist, beeinflußt sie nicht die Höhe der zusätzlichen Produktion eines zusätzlichen Arbeiters. Das Beschäftigungsniveau, bei dem Grenzprodukt und Reproduktionskosten gleich hoch sind, verändert sich nicht durch die Besteuerung.

Sobald aber Steuereinnahmen verfügbar sind, können durch Subvention marginale Arbeitskräfte eingesetzt werden, die weniger zusätzlich produzieren als sie verbrauchen. Beschäftigung und landwirtschaftliche Produktion steigen, weil das zusätzliche Produkt der zusätzlichen Arbeitskräfte positiv, obwohl geringer ist als ihr zusätzlicher Verbrauch. Der Überschuß nimmt ab, aber nicht notwendig der Profit als besondere Form des wirtschaftlichen Überschusses. Der Profit kann sogar steigen, wenn eine wachsende Nachfrage nach mit Maschinen produzierten Produkten die Unternehmen zu Investitionen anregt.

Durch Verminderung des finanziellen Überschusses werden Unternehmer gegenüber vorkapitalistischen Rentiers wirtschaftlich reicher, aber auch politisch einflußreicher, weil sie auf Massennachfrage gestützte Investitionsausgaben tätigen und nicht nur Geld vergeuden.

Eine andere Möglichkeit, einen vergleichbaren Effekt zu erreichen, besteht in einer egalitären Agrarreform. Auch hier wird der Überschuß (der bisherigen Großgrundbesitzer) zugunsten der Stärkung des Massenkonsums vermindert. Die Familie des neuen Eigentümerbauern erzielt mit einem vielleicht nur geringen Anteil ihres Arbeitsvolumens schon hohe Bodenerträge. Dieser Teil ihrer Arbeitszeit kann sehr produktiv sein. Weil sie aber wenig Boden hat, hat sie nur zeitlich begrenzte Möglichkeiten, solche sehr produktive Arbeit zu leisten. Solange der Ertrag solcher sehr produktiven Arbeit nicht für das Überleben ausreicht, muß sie im Rest der verfügbaren Zeit noch zusätzliche Arbeit leisten, die nur wenig zur Produktion beiträgt.

Hier ergibt sich ein Zusatzeffekt: Der mit den hochproduktiven Stunden erzielte Überschuß "subventioniert" die zusätzliche weniger produktive Arbeit. Diese wird billig angeboten, sobald sich Verdienstmöglichkeiten in nichtlandwirtschaftlicher Nebenbeschäftigung ergeben. Die niedrigen Kosten von industrieller Arbeit, die durch begleitende bäuerliche Eigenproduktion ermöglicht werden, sind Folge der niedrigen marginalen Produktivität und führen ohne weitere Verwaltungstätigkeit zur Subvention der industriellen Produktion aus dem Überschuß der Landwirtschaft, was häufig als Ausbeutung der "Familienproduktion" kritisiert wird.

Exportorientierte Industrialisierung mit dem Effekt der Beschäftigungssteigerung

Auch die von Weltbank und Weltwährungsfonds befürwortete exportorientierte Industrialisierung wiederholt den Mechanismus der Stärkung der Masseneinkommen und der Verminderung der Einkommen der Rentiers.

Hier nutzen die unterentwickelten Länder zum Teil seit langem bestehende komparative Kostenvorteile, die in der Folge neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten, Abwertung hinzunehmen, zu absoluten Kostenvorteilen werden. Abwertung bedeutet, daß die Preise lokaler Produktionsfaktoren, wenn man sie in internationaler Währung mißt, sinken[7)].

Für Abwertungen gibt es wirtschaftliche Grenzen, insbesondere in armen Wirtschaften, obwohl gerade diese erst über Abwertung wettbewerbsfähig werden können. Zusätzliche Arbeitskräfte können im Exportsektor nur dann beschäftigt werden, wenn für sie Konsumgüter beschafft werden können. Sind diese Arbeitskräfte ausreichend produktiv, um aus ihrem Anteil an den Exporterlösen den Import ihrer Konsumgüter zu finanzieren, entsteht ohne weitere Maßnahmen Vollbeschäftigung. Bei heutigen Lohndifferenzen (50:1) zwischen fortgeschrittenen Industrieländern und exportorientiert industrialisierenden Ländern können jedoch selbst im Fall geringster Löhne die für die Reproduktion der zusätzlichen Exportarbeiter benötigten Güter nicht auf dem Weltmarkt gekauft werden. Die Konsumgüter müssen also zu einem hohen Grad lokal produziert werden.

Angesichts der bei niedrigen Reallöhnen hohen Nahrungsmittelquote ist hier der Überschuß der lokalen Landwirtschaft ent-

scheidend. Ein Land, das Nahrungsmittelselbstversorgung erreicht hat, könnte sogar Exportwachstum mit sinkenden Erlösen (also negativen Grenzerlösen) akzeptieren. Die exportorientierte Industrialisierung ist damit Folge der Grünen Revolution in einigen Entwicklungsländern, insbesondere den landwirtschaftlich reichen Reisländern Südost- und Ostasiens. Sie können anders als Schwarzafrika, das Nahrungsmittelselbstversorgung nicht erreicht hat, Vollbeschäftigung schaffende Abwertungssätze akzeptieren und damit afrikanischen Ländern Konkurrenz machen, obwohl die *Reallöhne* in Schwarzafrika viel niedriger sind. Die Kanalisierung des Überschusses der Landwirtschaft erfordert höchstens die Reglementierung des Nahrungsmittelexports.

Verbleibt der Nahrungsmittelüberschuß in ausreichendem Maß im Land, so reicht die Verteilung von Geldeinkommen in lokaler Währung an die im Exportsektor beschäftigten Arbeitskräfte, die damit Teile des Überschusses kaufen. Beschäftigungssteigerung hängt jetzt nicht mehr nur von der Anhebung der Marginalitätsschwelle in der Landwirtschaft ab (wie bisher am Beispiel der geschlossenen Volkswirtschaft dargestellt), sondern es reicht allein die Erzielung eines Überschusses in der Landwirtschaft, um abwertungsgetrieben über den Export Marginalität zu beseitigen.

Die Notwendigkeit von Entwicklungspolitik bei exportorientierter Industrialisierung

Die exportorientierte Industrialisierung macht Entwicklungspolitik nicht überflüssig, sondern erforderlich[8)]. Arbeit in einigen Ländern des Südens ist nicht deshalb so billig, weil die Reallöhne niedrig sind, sondern weil diese Wirtschaften wegen Nahrungsmittelselbstversorgung grundsätzlich unbegrenzt abwerten können. Abwertungsbedingt niedrigen internationalen Preisen von Arbeit können die fortgeschrittenen Industrieländer nicht durch niedrigere eigene Reallöhne begegnen, weil bei den dann auftretenden Handelsbilanzüberschüssen ihre Währungen aufwerten, so daß der internationale Preis ihrer Arbeit wieder steigt.

Durch Abwertung werden einzelne unterentwickelte Länder in einigen Exportsektoren wettbewerbsfähig. Solange sie dabei nicht Vollbeschäftigung erreichen, wird Arbeit nicht entsprechend dem Produktivitätswachstum teurer. Im Rest der Wirtschaft gibt

es wenige Anreize zur Steigerung der Produktivität. Das Grenzprodukt von Arbeit bleibt niedrig, ebenso der Reallohn.

Vor dem Eintreten sektoraler Wettbewerbsfähigkeit in abwertungsgetrieben industrialisierenden Ländern war der Lohn durchschnittlich qualifizierter Arbeitskräfte in den fortgeschrittenen Industrieländern abhängig von der Entwicklung der durchschnittlichen Produktivität in der eigenen Wirtschaft. In der neuen Situation wird sie hingegen abhängig vom Grenzprodukt marginaler Arbeitskraft in den unterentwickelten Wirtschaften.

Nehmen wir an, daß in den aufholenden Ländern auch in den Lohngütersektoren Produktivitätssteigerungen erzielt werden und das Grenzprodukt von Arbeit steigt. Dann führt wachsende Beschäftigung im Exportsektor rasch zu Knappheit an Arbeitskräften. Entscheidend ist also, daß der Impuls der Dynamisierung, der vom Exportsektor des aufholenden Landes ausgeht, zur Verbreiterung des Produktivitätswachstums in den Nichtexportsektoren führt. Dies nenne ich *Vertiefung von Globalisierung*[9)].

Die im Verhältnis zu den Philippinen rasche Steigerung der Masseneinkommen in Korea und Taiwan war Folge von Agrarreformen. Diese absorbierten einen Teil der marginalen Arbeitskräfte. Das Ansteigen der Konsumgüternachfrage bei den neuen Eigentümerbauern und bei den Exportarbeitern hatte zur Folge, daß die Binnennachfrage für einfache Produkte wuchs und Anreize zu Investitionen in binnenmarktorientierten Industrien entstanden. Die binnenmarktorientierte Industrie und lokale Technologieproduktion trugen zu weiterem Beschäftigungswachstum bei. Die damit eingeleitete Diversifizierung der Wirtschaft bei niedrigen Wechselkursen führte rasch zu Wettbewerbsfähigkeit neuer Sektoren, damit zu hohem Exportwachstum und zur Aufwertung, so daß diese beiden Länder heute keine "Niedriglohnländer" mehr sind.

Je intensiver die internen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen zur Beseitigung von Marginalität verlaufen, desto kürzer ist die Periode, in der die Binnennachfrage zur Dynamisierung aufholender Wirtschaften durch die Industrieländer subventioniert werden muß.

Die Industrieländer können und müssen eine solche zeitweilig stützende Rolle für den Süden durchhalten, bis die Überwindung von Unterentwicklung über den Export verarbeiteter Produkte und ergänzende Sozialreformen erreicht wird. Abschottung der

Märkte der Industrieländer wäre das Einfallstor für eine weitere Vermachtung des Welthandels.

Die westlichen Industrieländer haben unterschiedliche Interessen aufgrund unterschiedlicher Positionen in der Hierarchie internationaler Arbeitsteilung und würden eine Abschottung gegenüber dem Süden auch benutzen, um Handelshemmnisse untereinander zu errichten.

Ein fiktives Szenario

Falls die Eliten des Südens die abwertungsgetriebene exportorientierte Industrialisierung durch marktkonforme, aber den Markt korrigierende Maßnahmen nicht ergänzen wollen, bliebe dem Westen stets eine Option[10)]. Man könnte die finanziellen Mittel unserer Entwicklungshilfe benutzen, um eine "künstliche" Industrie anzuregen. Sie würde durch Herstellung ansonsten wertloser Produkte Beschäftigung schaffen, z. B. unverwechselbarer Steine, die in entlegenen Gebieten abgeworfen würden. Diese Steine erhielten ihren wirtschaftlichen Wert nur dadurch, daß westliche Aufkäufer sie zu einem Preis aufkaufen würden, bei dem der tägliche Sammelertrag einer durchschnittlichen Arbeitskraft deren Reproduktionskosten einschließlich der Transaktionskosten abdecken würde. Die marginalen Arbeitskräfte, aber auch nur sie, würden sich aufmachen, diese Steine einzusammeln. Da ohne ihre Arbeit die Steine nicht aufgesammelt werden könnten, würden Zwischenhändler sie zu Preisen aufkaufen müssen, bei denen die Reproduktionskosten dieser Arbeitskräfte gedeckt wären. Anders als bei Programmen der Sozialhilfe, bei denen der Adressatenkreis immer durch korruptionsanfällige Verwaltungen bestimmt werden muß, würden die Marginalen selbst entscheiden, ob sie eine solche Arbeit annehmen. Sie allein wären die Nutznießer. Geringfügige Maßnahmen würden ausreichen, um Wettbewerb unter den Aufkäufern und Transportunternehmern für die Steine zu sichern, die diese von lokalen Märkten an die Aufkaufstelle transportierten.

In einem solchen Szenario kaufen die Marginalen mit ihrem Einkommen Nahrungsmittel und einfache Industrieprodukte. Die etwas besser gestellten Bauern sehen Absatzmärkte, vergrößern ihren Arbeitseinsatz und nehmen Investitionen vor, um die neuen Absatzmöglichkeiten auch zu nutzen. Sie kaufen effiziente Technologie, anfangs nur solche, die die Erträge erhöht, ohne den Ar-

beitseinsatz zu vermindern. Die Nachfrage nach einfachen Industrieprodukten und angepaßter, nämlich den Faktorkosten entsprechender Technologie steigt, wobei wiederum die Entscheidung dezentral bei den Produzenten liegt. Die bisherigen Entwicklungshilfegeber und ihre Institutionen können sich darauf beschränken, die Suchkosten für den Erwerb solcher Technologie zu vermindern, indem sie miteinander im Wettbewerb angepaßte Technologien zu kostendeckenden Preisen anbieten.

Der administrative Aufwand bestünde in einer kleinen Zahl hochbezahlter Hubschrauberpiloten und dem Personal der Aufkaufstelle. Der Umfang dieses Personals wäre zweifellos geringer als der Umfang des derzeitigen Entwicklungshilfepersonals eines einzelnen Gebers pro Land.

Bei einer Milliarde Armer, die wir vereinfachend als die Marginalen ansehen können, und einer für die Deckung ihrer Reproduktionskosten notwendigen Anhebung ihrer Einkommen um 50% (von ca. 100 $ auf 150 $ pro Jahr und Kopf) würde eine solche Form der Kanalisierung von Entwicklungshilfe den derzeitigen Umfang der Entwicklungshilfeleistungen nicht überschreiten, aber tatsächlich einen direkten Beitrag zur zeitweiligen künstlichen Beseitigung von Marginalität leisten - bis über die lokale Dynamik eines wachsenden Massenkonsums und daraus resultierender Investitionstätigkeit das Grenzprodukt von Arbeit auf das Niveau der Reproduktionskosten gestiegen wäre.

Die Subventionierung der Armen würde hier aus den westlichen Steuereinnahmen finanziert, würde jedoch nur einen geringen Anteil der innerhalb des Westens geleisteten Transferzahlungen ausmachen. Die Erfahrung der deutschen Einigung zeigt, daß eine solche Übertragung von Kaufkraft keine inflationären Wirkungen hätte.

Gerade weil die exportorientierte Industrialisierung nicht so viele Arbeitsplätze schafft, daß wenigstens in den Flächenstaaten Marginalität auf absehbare Zeit beseitigt wird, erfordert sie komplementäre Entwicklungspolitik, die eine Vielzahl von Programmen einsetzen muß.

Diese zielen auf Anhebung der Masseneinkommen, was wiederum zur Anregung des technischen Fortschritts in den Konsumgütersektoren führt, mit der Folge, daß die bisher unterentwickelten Wirtschaften dem normalen Muster kapitalistischen Wachstums folgen und auch dort Produktivitätsanstieg zu steigenden Masseneinkommen führt.

Das hilflose Gerede über die Krise der Entwicklungstheorie verhindert eine Diskussion über die möglichen Instrumente zur Verminderung von Marginalität und über die Wichtigkeit eines Kräftegleichgewichts zwischen Arbeit und Kapital für den Kapitalismus, nunmehr auch auf Weltebene. Man überläßt damit das Feld theoretischer Ansätze der Mainstream-Ökonomie, für die es das Problem eines zu niedrigen Grenzprodukts nicht gibt, so daß sie an die Automatik des Markts glaubt.

---

1) Nicholas Georgescu-Roegen: Economic Theory and Agrarian Economics, in: Oxford Economic Papers, 12, 1, Februar 1960, S. 1-40. Im folgenden wird aus Raumgründen nur noch auf Texte des Autors verwiesen, in denen der Sachverhalt breiter dargelegt und weiterführende Literatur zitiert ist.
2) Hartmut Elsenhans: Rent, State and the Market: The Political Economy of the Transition to Self-sustained Capitalism, in: Pakistan Development Review, 33, 4, Dezember 1994, S. 393-428
3) ders.: Marginalité, sous-développement et secteur informel. Document de Recherche du C.R.E.A. 97/01/C1-2 Januar. Dakar, Centre de Recherches Economiques Appliquées C.R.E.A., 1997
4) ders.: Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß, Demokratisierung, in: Elsenhans, Hartmut (Hg.): Agrarreform in der Dritten Welt. Frankfurt, Campus 1979, S. 552-562
5) ders.: Englisches Poor Law und egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt, in: Verfassung und Recht in Übersee, 13, 4 (1980), S. 283-318
6) ders.: Kein Ende der großen Theorie, in: Asien-Afrika-Lateinamerika, 24, 2 (1996), S. 111-146
7) ders.: Gegen das Gespenst der Globalisierung, in: Werner Fricke (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik 96. Bonn, Dietz 1996, S. 25-36
8) ders.: Myth of Globalisation and Necessity of Development Politics, in: International Studies, 33, 3, New Delhi, 1996, S. 255-272
9) ders.: Über Bedingungen und Chancen zu einer sozial verträglichen und dann auch vertieften Globalisierung der Weltwirtschaft, in: Werner Fricke (Hg.): Jahrbuch Arbeit und Technik. Bonn, Dietz 1997, S. 147-158
10) ders.: Problems Central to Economic Policy Deregulation in Bangladesh, in: Internationales Asienforum, 22, 3/4, November 1991, S. 259-286

Prof. Dr. Hartmut Elsenhans lehrt Politikwissenschaft an der Universität Leipzig.